

elbischen Kirche währt immerhin schon 18 Jahre.

Und für den Jesuiten Oswald von Nell-Breuning, den Nestor der katholischen Soziallehre, ist es schlicht „inkonsequent“, wenn die Kirche „Freistellung von der allgemein geltenden Regelung“ beansprucht: „Nachdem die Kirche sich darauf eingelassen hat, Arbeitnehmer im Lohnarbeitsverhältnis einzustellen“, müsse sie auch „alle rechtlichen Folgen“, die daraus resultieren, „gegen sich gelten lassen“.

HOMOSEXUELLE

Hallo, Gerda

In politischen Parteien und alternativen Gruppen artikulieren sich neuerdings die Homosexuellen. Bei der SPD nennen sie sich „Schwusos“.

Ein süddeutscher SPD-Bürgermeister schrieb mit „rosa Grüßen“ an die Kölner Genossen: „Ich bewundere Euren Mut. Leider kann ich mich nicht offiziell zu Euch bekennen.“ Beigefügt war eine Spende für den Verein „Arbeitskreis schwuler Sozialdemokraten“.

So etwas gibt es seit geraumer Zeit in Köln wie auch in Berlin: Die Homosexuellen unter den Sozis beginnen sich zu organisieren. Der SPD-„Vorwärts“ meint gar, sie seien zu einer „Art Langen Marsch“ angetreten.

Sie nennen sich „Schwusos“, und das SPD-Bundesvorstandsmitglied Hermann Heinemann aus Dortmund bleibt im Jargon, wenn er die Sozialdemokraten dadurch in „arge Schwulitäten“ gebracht sieht. „Wir können doch nicht“, so meint der Chef des mächtigen SPD-Bezirks Westliches Westfalen, „für alles und jeden offen sein.“

Günter Schlatter, Vorsitzender des SPD-Bezirks Mittelrhein, über die Stimmung an der Basis: „Die Leute fragen, haben wir eigentlich keine anderen Sorgen?“ Und: „Was wollen die eigentlich?“

Sie wollen, wie zumeist der SPD-Nachwuchs, nur das Beste. Beispielsweise könne man der Partei neue Gruppen zuführen, verrät der Kölner Schwuso-Sprecher Gerd Blömer, 29, der unlängst das Sammeln von Homo-Daten durch die Polizei kritisierte und sich wegen seiner Wortwahl vom Kölner Polizeipräsidenten eine Strafanzeige wegen Beleidigung einhandelte

(SPIEGEL 33/1979). „Die Schwulen-Szene“, hat er beobachtet, „driftet doch sonst zu den Alternativen ab.“

Auch ein paar Wahlkampfthemen fallen dem Homo-Wortführer gleich ein: Die Partei müsse durchsetzen, „daß Homosexuelle und Heterosexuelle gleichgestellt werden“, etwa bei der Vergabe von Sozialwohnungen für Homo-Paare oder bei Steuererleichterungen.

Fürs erste haben die Homosexuellen aber noch Mühe, die eigene Partei aufzuklären. „Viele Genossen wissen doch gar nicht“, bedauerte Blömer, „daß es immer noch den Paragraphen 175 gibt“, der homosexuellen Umgang mit Jugendlichen unter Strafe stellt. Und von Diskriminierung am Arbeitsplatz, so Blömer, sei „auf keiner normalen Parteiversammlung die Rede“.

Darüber wird jetzt im „Pimpernel“ gesprochen, einem Kölner Homo-Lokal, wo sich einmal im Monat in der ersten Etage die Schwusos treffen, zumeist Männer um die Dreißig, Angestellte, Versicherungskaufleute, auch ein Student ist dabei. SPD-Mitglieder sind sie oft schon seit Jahren, aber in Parteiversammlungen gingen sie früher nicht, weil sie „Angst hatten“, wie Blömer sagt, „das Getto zu verlassen“. Denn wenn homo- und heterosexuelle Sozialdemokraten beisammensitzen, zeigen die Heteros schon mal, was sie von den anderen halten, und säuseln wie bei Gerd Blömer: „Hallo, Gerda.“

Daß Sozialdemokraten ihre Vorurteile ebenso pflegen wie die große Mehrheit der Bevölkerung, hat auch eine Untersuchung des Bremer Wissenschaftlers Rüdiger Lautmann ergeben: Er ermittelte, daß 31 Prozent der Mitglieder und Anhänger der Partei sich dafür einsetzen, bestimmte Arbeitsplätze für Homos zu sperren. Der Münchner Verleger Otto Frick pflichtet dem Hanscaten bei: „Selbst bei den Linken ist das Vorurteil über uns Schwule immer noch groß.“

Das ist nicht nur in Bayern so, sondern auch in Berlin, der Traumstadt der westdeutschen Schwulen, wo 80 000 Homophile leben. Dort wurde im Vorjahr die erste deutsche Schwuso-Gruppe gegründet, und die hatte, wie ihr Sprecher Hans-Joachim Franzen sagt, „erst mal gegen schlimmste Vorurteile zu kämpfen“. Er erkannte, daß „man nur dann akzeptiert wird, wenn man nicht nur für die Schwulenfrage kämpft“.

Terraingewinn allerdings verbuchten in der Homo-Metropole, wo auch die Lehrgewerkschaft (GEW) und die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) ihre Homo-Arbeitskreise akzeptieren, zunächst nur homophile Jungdemokraten. Sie setzten im Wahlkampfprogramm der FDP für die letzte Wahl zum Abgeordnetenhaus einen Passus durch, daß niemand wegen seiner se-

ARBEITSKREIS



SCHWULER SOZIALDEMOKRATEN

SchwuSo
Postfach 270 130
5 Köln 1

Kölner Schwuso-Briefkopf: Wohin driftet die Schwulen-Szene?



Berliner Schwuso-Demonstration: Sozialwohnungen für Homo-Paare?

xuellen Orientierung diskriminiert werden dürfe.

Der Sprecher der vor kurzem erst gegründeten nordrhein-westfälischen Schwulen-Gruppe der Jungdemokraten, Michael Althoff, weiß auch, warum das bei ihnen so flutscht: „Unsere Partei ist eben doch toleranter als die anderen.“

Doch wenn es um Toleranz im Geschlechtsleben geht, wollen die allorts sprießenden Alternativ-Gruppen nicht zurückstehen. In Hamburg empfahl die Schwulen-Gruppe der „Bunten Liste“, einen Homo zu wählen, Parole: „Der Kandidat ist unser Schwarm, im Juni wird das Rathaus warm.“

Der Kandidat blieb zwar draußen, aber dafür kam in Berlin der Theologie-Student Reinhard Frede, der öffentlich erklärte, er bevorzuge die gleichgeschlechtliche Liebe, ins Schöneberger Bezirksparlament. Das Homo-Blatt „Homosexuelle Emanzipation“ triumphierte, „die Heteros und die heimlichen Schwulen“ seien dort „nicht länger ungestört unter sich“.

In NRW versuchen die Alternativen ebenfalls, Homo-Kandidaten für die kommenden Kommunal- und Landtagswahlen zu präsentieren, „und denen“, meint der Schwuso-Sprecher Blömer, „dürfen wir doch nicht kampfflos das Feld überlassen“.

Noch hat er allerdings Schwierigkeiten mit den Parteifunktionären der SPD, die den Schwusos schließlich untersagten, den — bereits in einem Briefkopf benutzten — Titel „Arbeitskreis“ zu führen.

Bezirkschef Schlatter hält die Entscheidung der Partei für „nicht ungewöhnlich“. Auch gibt der Genosse Klatsch von der Basis wieder: „Erst kam der Willy mit der Brigitte, und wir verloren bei den Frauen Stimmen, und jetzt kommen auch noch die Schwusos.“

SCHLEYER

Auf Eis

Ein biographisches Werk über den ermordeten Arbeitgeberpräsidenten Schleyer gefiel weder der Witwe noch Industriellen; es wird nicht gedruckt.

Im Januar 1978 übertrug der Autor Hermann Marcus der Münchner Verlagsgruppe Langen-Müller/Herbig vertraglich „das ausschließliche Recht der Vervielfältigung und Verbreitung“ an einem geplanten Werk. Der Vertragsgegenstand war bestsellerverdächtig: ein Buch über „Leben und Tod von Hanns Martin Schleyer“, Arbeitstitel „Staatsräson“.

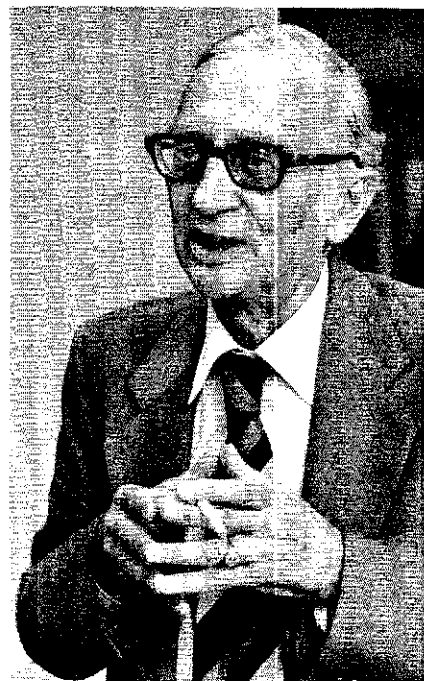
Gut drei Monate nach der Ermordung des westdeutschen Arbeitgeberpräsidenten begann der Autor mit den Recherchen. Er sprach mit rund vierzig



Arbeitgeber-Präsident Schleyer (1977): Um den Ruf des Ermordeten ...

Freunden und Gegnern Schleyers, er interviewte Gewerkschafter und Unternehmer, Schleyer-Angehörige und Beamte.

Er erforschte die Vita des „Menschen, Managers und Sozialpolitikers“ Schleyer, den er mit allen seinen „Licht- und Schattenseiten“ — so heißt es im Exposé, das dem Verlagsvertrag zugrunde lag und von der Familie des Toten akzeptiert worden war — beschreiben wollte. Meistens hörte er Gutes, weniger Kritisches über den ebenso kantigen wie offenen Christdemokraten.



Schleyer-Biograph Marcus
... ein Kräftespiel im Hintergrund

Von staatlichen Stellen wollte der Autor wissen, warum das Leben Schleyers, den Terroristen bis zur Ermordung 44 Tage lang in Geisel-Haft gehalten hatten, „der Staatsräson geopfert werden mußte“; warum die Gleichung „Nachgeben gleich Zusammenbruch staatlicher Autorität“ und „Hartbleiben gleich deren Stärkung“ von Anfang an die Handlungen des Bonner Krisenstabes bestimmt habe.

All das schrieb Hermann Marcus, 64, der es 1973 mit einer Arbeitnehmer- und Bürokraten-Schelte („Die faule Gesellschaft“) bis auf Platz 16 der „Buchreport“-Bestsellerliste gebracht hatte, auf 270 Manuskript-Blättern nieder. Mit seiner Schleyer-Biographie brachte er ein Thema auf den Punkt und den Mann, das den promovierten Juristen beschäftigte, seit er — als Abteilungsleiter der Edelstahl-Vereinigung in Düsseldorf — vor zehn Jahren sein erstes Sachbuch („Wer verdient schon, was er verdient?“) veröffentlichte, eine Analyse bundesdeutscher Gehälter und Vermögen.

Seither ließ ihn die Frage nach dem Verhältnis der Deutschen zum Geld und zur wirtschaftlichen Macht nicht mehr los. 1970 publizierte er „Die Macht der Mächtigen“ (Untertitel: „Deutschland und seine Wirtschaftsriesen“). „Die faule Gesellschaft“ kostete ihn dann seine Stellung beim Edelstahl-Verband. Zwielfichtiges an der Arbeit der deutschen Justiz („Wer je vor einem Richter steht“) beschrieb er 1976.

Kritiker kreideten dem Sachbuchautor schon mal „Fehler“, „falsche Darstellung“ oder „naßforschenden Stil“ an — so der Bonner Staatsanwalt Jörg Geßler in einer Kritik an Marcus' Justizschelte. Aber über dasselbe Buch